

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Ausgabe 44 Dezember 2016

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

wieder eine Woche mit vielen Entscheidungen und intensiven Beratungen. Da wundert es nicht, dass ich nicht bei allen Gesetzen und Beschlüssen mit hundertprozentiger Überzeugung zugestimmt habe. So fällt es mir äußerst schwer, der Verlängerung des Mandats für den Nato-Afghanistaneinsatz zuzustimmen, über die wir nun in 1. Lesung beraten haben. Aber man darf trotz der vielen Rückschläge nicht vergessen, dass es in Afghanistan auch positive Entwicklungen gibt. Schulen und Krankenhäuser wurden gebaut, viele Mädchen können wieder eine Schule besuchen, es gibt mehr Studierende als jemals zuvor, die Kindersterblichkeit ist deutlich gesunken. Diese innere Entwicklung wurde nach Auffassung unserer Außenpolitiker erst durch die Präsenz der NATO möglich. Die Befriedung und Stabilisierung bleibt aber eine innerafghanische Generationenaufgabe. Wir können dabei nur unterstützen.

Leichter fiel es mir, für das Bundesteilhabegesetz und das dritte Gesetz zur Stärkung der Pflege zu stimmen, zu denen es auf den folgenden Seiten mehr zu lesen gibt. An diese Gesetzen lässt sich erkennen, was es bedeutet, Politik zu machen: In mühsamer, beharrlicher Arbeit wurden sie entworfen, diskutiert, geändert. Am Schluss haben wir zwei Gesetze beschlossen, die trotz notwendiger Kompromisse in Einzelfragen klare Verbesserungen für die Betroffenen

bringen. Das sind Erfolge, über die wir weiter sprechen müssen, damit sich nicht der Eindruck verfestigt, dass Politik, dass repräsentative Demokratie nicht richtig funktioniert.

Wir als SPD können stolz sein auf vieles, was wir in den letzten drei Jahren umgesetzt haben. Und dennoch ist klar: die große Koalition ist keine Dauerlösung. Die Grenzen der Zusammenarbeit zeigen sich zum Beispiel beim Thema Brennelementesteuer (s. S.3) oder auch bei der PKW-Maut. Widerstreitende Standpunkte und die Möglichkeit, sie politisch zu vertreten, gehören zum Kern einer jeden Demokratie. Deshalb müssen wir unsere weltanschauliche Haltung und unsere Konflikte innerhalb der Koalition genauso vermitteln, wie unsere Erfolge – klar und konstruktiv, aber auch kämpferisch und mutig. Auch dadurch beugt man Politikverdrossenheit vor.

Ihre/Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)

## Gesetzentwurf der Bundesregierung

### Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen

(Bundesteilhabegesetz – BTHG)

## Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen

Am 20. März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention - UN-BRK) in Deutsch-

Das Bundesteilhabegesetz ist eines der großen sozialpolitischen Reformvorhaben dieser Legislaturperiode. Es stärkt Menschen mit Behinderung in ihrem Recht auf mehr Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Und es ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention.

Wichtig ist uns, dass Menschen mit Behinderungen weiterhin vollen Zugang zu umfassenden Leistungen der Eingliederungshilfe haben. Die jetzigen Zugangsregelungen bleiben darum bis zum Jahr 2023 in Kraft. Die von Experten vorgeschlagenen neuen Zugangskriterien werden zunächst in der Praxis erprobt und nur dann eingeführt, wenn sie sich tatsächlich als tauglich für die unterschiedlichen Arten von Behinderung erweisen. Damit wird der Sorge von Behindertenverbänden begegnet, dass der Kreis der Leistungsberechtigten eingeschränkt werden könnte. Das war nie die Absicht, darum hätten wir dem auch nicht zugestimmt.

Menschen mit Behinderungen haben sowohl einen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung, als auch auf Leistungen zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Mir war deshalb bei der Verhandlung des Gesetzes besonders wichtig, dass Leistungen der Ein-

gliederungshilfe und der Pflege weiterhin gleichrangig nebeneinander stehen.

Auch das Wunsch- und Wahlrecht wird weiter gestärkt. Wünsche zur Wohnform und damit verbundenen Assistenzleistungen im Bereich der persönlichen Lebensgestaltung sind nun besser zu berücksichtigen als bisher. Außerdem können erwerbstätige Leistungsbezieher zukünftig mehr von ihrem Einkommen und Vermögen behalten, weil die heutige Eingliederungshilfe mit dem Teilhabegesetz aus dem System der Sozialhilfe herausgelöst wird.

Es war ein Erfolg unserer Fraktion, dass wir im parlamentarischen Verfahren vieles nachbessern konnten. So ist es uns gelungen, auch den Vermögensfreibetrag für Menschen, die Sozialhilfe beziehen, von derzeit 2.600 Euro auf 5.000 Euro anzuheben. Das kommt vielen Beziehern von sozialen Leistungen zugute: Werkstattbeschäftigten, Beziehern von Blindenhilfe, aber vor allem auch pflegebedürftigen Menschen, die auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind.

Bei einem sozialpolitischen Großprojekt wie dem Bundesteilhabegesetz kommt jetzt viel auf die konkrete Umsetzung an. Darum werden wir die oben genannte Probephase dazu nutzen, die Wirkung des Gesetzes sorgfältig zu beobachten.

## Aller guten Dinge sind 3

Zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode haben wir die Pflege gestärkt: Nach mehr Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Familien vor allem bei der Versorgung im häuslichen Bereich und der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs haben wir jetzt mit dem dritten Gesetz zur Stärkung der Pflege insbesondere die Pflegeberatung in den Kommunen verbessert und das Verhältnis von Eingliederungshilfe und Pflege geklärt. Denn Menschen sollen vor Ort die bestmögliche Hilfe bekommen.

—> Meine Rede dazu finden Sie als Video auf meiner [Homepage](#)

# Union gegen kommunales Mitspracherecht beim Stallbau

Die Zahl großer Tierhaltungsanlagen hat in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Mit dieser Entwicklung sind besondere Probleme für die Nutzung von Flächen im Außenbereich verbunden. Die Intensivtierhaltung kann sich nachteilig auf Gewässer, Luft und Böden sowie den Klimaschutz auswirken. Auch städtebaulich gesehen ist sie problematisch.

Diesen Auswirkungen möchte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks entgegenwirken. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten der Gemeinden ausgeweitet werden, die Ansiedlung von Intensivtierhaltungsanlagen planerisch zu steuern. Dies begrüße ich sehr, bietet es doch die Möglichkeit, kleinbäuerlichen Betrieben mehr Raum zu geben, die gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft leisten.



So geht es auch: glückliche Strohschweine.

Kritik an dem Vorstoß kommt jedoch ausgerechnet von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU). Dieser befürchtet, dass durch ein entsprechendes Gesetz „die bäuerliche Landwirtschaft gestört“ werden könnte.

Simon Marian Hoffmann kommt aus Adelberg, ist 20 Jahre alt und hat als Nachwuchsfilmemacher schon einige Preise gewonnen. Jetzt hat er in meinem Berliner Büro mitgearbeitet und Produktion und Regie des Films „Heike Baehrens. Was mich bewegt.“ übernommen. Aber auch selbst hat er zu Politik einiges zu sagen. In den nächsten fünf Ausgaben schreibt er aus junger Perspektive unter dem Motto:

## "Geht das nicht anders?"

### 1. Wir, die Jugend

"Wer vertritt uns in der heutigen Politiklandschaft? Die Entscheidungen, die in der Politik getroffen werden, dürfen wir einmal ausbaden. Deshalb wäre es langsam an der Zeit, die Jugend in die Politik und mit ins Boot zu holen. Nicht in Form von der Jugendabteilung einer Partei, sondern z.B. durch einen Jugendrat. Durch ein eigenes Organ also, das neue Visionen schöpft und PolitikerInnen an ihre Pflichten erinnert, für die Zukunft unseres Landes zu sorgen."



## Anmerkungen zur Kernbrennstoffsteuer

Das Risiko der Atomenergienutzung muss begrenzt werden. Darum hat die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 den Atomausstieg beschlossen, den die schwarzgelbe Bundesregierung – nach ihrem Zick-Zack-Kurs in der Atompolitik in 2010 – bestätigt hat.

2010 wurde die Kernbrennstoffsteuer eingeführt und bis zum 31. Dezember 2016 befristet. Dadurch sollten die Kosten für die Endlagerung radioaktiver Abfälle wenigstens teilweise gedeckt werden.

Unser Vorschlag, die Kernbrennstoffsteuer ohne Unterbrechung bis zum Ende der Laufzeiten der Atomkraftwerke bzw. 31. Dezember 2022 weiter zu erheben, wird von der CDU/CSU abgelehnt. Da die Koalition Anträge bzw. Gesetzesentwürfe nur gemeinsam einbringt und wir uns an den Koalitionsvertrag gebunden sehen, mussten wir leider einen dementsprechenden Antrag der Opposition ablehnen.

—> Mehr dazu [hier](#).

## Besuch aus dem Landkreis

Gleich zwei Besuche von den 10. Klassen der Geschwister-Scholl-Realschule Süßen. Ich konnte ihnen zum Beispiel davon berichten, wie man als Realschülerin Bundestagsabgeordnete werden kann. Und dass ich mein Englisch dafür dann aber doch etwas auffrischen musste.



Eier von freilaufenden Hühnern gibt es beim Albert-Rapp-Hof in Wangen. Alternativ kann man an diesem Standort der Lebenshilfe Göppingen e.V. auch Hühner-Pate werden und dafür wöchentlich sechs Bio-Eier und am Ende des Jahres ein Suppenhuhn erhalten. Auch im Garten- und Landschaftsbau gibt es Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung.

"Unerkannt unterwegs? Augen auf den Diabetes" lautete das Motto des Welt Diabetesstages dieses Jahr. Denn frühe Erkennung und Prävention sind entscheidend, um diese Volkskrankheit zu besiegen. Bei meinem Grußwort im Rathaus Göppingen konnte ich das Engagement des Bezirksverbands Göppingen des Deutscher Diabetiker Bund e.V. würdigen.



Mit Kewal Lekha und Bürgermeister Helmut Renftle



Als Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion hatten wir die Gelegenheit, dem THW Präsidenten Albrecht Broemme und der THW-Landesleitung Baden-Württemberg persönlich für ihre Arbeit zu danken. Umgekehrt erhielten wir ein dickes Lob dafür, dass wir bei den Haushaltsberatungen deutliche Aufstockungen für das THW erkämpft haben — das gilt besonders für MdB Martin Gerster.



## Termine - 03. bis 16. Dezember 2016

**Samstag, 03. Dezember 14:00 Uhr**

70 Jahre VdK Ortsverband Östlicher Schurwald

**Sonntag, 04. Dezember bis Montag 05. Dezember**

Büroklausur

**Dienstag, 06. Dezember**

11:00 Uhr

Landtagsfraktion und Landesgruppe in Stuttgart

18:00

Adventsplausch mit Vorpremiere des Films

"Heike Baehrens. Was mich bewegt."

Bürgerbüro

**Mittwoch, 07. Dezember**

11:00 Uhr

Ortsbesuch Geislingen-Waldhausen

Gespräch mit Ortsvorsteher Reiner Strehle

15:30 Uhr

Bürgersprechstunde (*ausgebucht*)

Bürgerbüro

19:00 Uhr

Vortrag beim Bündnis für Rentenbeitragszahler  
und Rentner e.V.

Gaststätte ASV Eislingen

**Donnerstag, 08. Dezember**

11:00 Uhr

Ortsbesuch Faurndau

Gespräch mit Bezirksamtsleiterin Stephanie Müller

15:00 Uhr

Stadtseniorenrat

Bürgerhaus Göppingen

18:00 Uhr

Kreishandwerkerschaft Göppingen

**Freitag, 09. Dezember**

14:30 Uhr

Spendenübergabe für den Kreisbehindertenring

Volksbank Göppingen

**Samstag, 10. Dezember**

11:00 Uhr

Amnesty International

Schillerplatz Göppingen

14:30 Uhr

Weihnachtsfeier

Kreisverein Leben mit Behinderung

**Montag, 12. Dezember bis Freitag, 16. Dezember**

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)